

MATTHIAS MACHNIG (HG.)

# WELCHEN FORT SCHRITT WOLLEN WIR?

NEUE WEGE ZU WACHSTUM  
UND SOZIALEM WOHLSTAND

campus



# Inhalt

Einleitung . . . . .	7
<i>Matthias Machnig</i>	
Wir müssen wieder lernen, von der Zukunft her zu denken! . . . . .	11
<i>Interview mit Burkart Lutz</i>	
Dem Fortschritt eine neue Richtung geben . . . . .	22
<i>Sigmar Gabriel</i>	
Was, wenn überhaupt, können wir uns heute unter politischem »Fortschritt« vorstellen? . . . . .	33
<i>Claus Offe</i>	
Kein sozialer Fortschritt ohne Mitbestimmung und Teilhabe . . . . .	49
<i>Berthold Huber</i>	
Mehr Gleichheit, weniger Wachstum: Für das Pramat der Politik . . . . .	58
<i>Albrecht von Lucke</i>	
Fortschritt für die Unterprivilegierten! . . . . .	71
<i>Christoph Butterwegge</i>	
Einkommensverteilung, Sparen, Konsum und Wirtschaftsleistung – ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre . . . . .	84
<i>Karl Brenke</i>	
Die doppelte Spaltung der Gesellschaft . . . . .	103
<i>Michael Hartmann</i>	
Arbeitsmarktpolitik bis 2020: integrativ – investiv – innovativ . . . . .	114
<i>Gerhard Bäcker, Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf</i>	

## 6 WELCHEN FORTSCHRITT WOLLEN WIR?

Demokratie und rationale Wirtschaftspolitik – der natürliche Gegensatz? . . . . .	132
<i>Heiner Flassbeck</i>	
Die Krise der Ökonomie als Krise der Politik . . . . .	142
<i>Jan Machnig</i>	
Fruits to find – Früchte des Fortschritts . . . . .	155
<i>Michael Vassiliadis</i>	
Der Fortschritt des Fortschritts tut weh – das Beispiel Kernenergie . . .	165
<i>Volker Hauff</i>	
Wohlstand durch Umweltschutz . . . . .	176
<i>Jochen Flasbarth</i>	
Keine Angst vor guten Preisen! . . . . .	184
<i>Ernst Ulrich von Weizsäcker</i>	
Die Wiederaneignung des Sozialen . . . . .	194
<i>Stephan Lessenich</i>	
Das neue Gemeinsame . . . . .	205
<i>Benjamin Mikfeld</i>	
Grüner Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftsträchtige Reformstrategie? . . . . .	221
<i>Klaus Dörre</i>	
Warum Neuer Fortschritt nötig und möglich ist . . . . .	233
<i>Matthias Machnig</i>	
Die Autoren . . . . .	249

# Warum Neuer Fortschritt nötig und möglich ist

*Matthias Machnig*

## Das alte Fortschrittsversprechen

In der Bundesrepublik galt lange Zeit der Grundkonsens der Nachkriegszeit: Fortschritt und Wachstum sollen zu besseren Einkommen, guter Arbeit und mehr sozialer Sicherheit führen und Verteilungsgerechtigkeit ist ein Ziel der Politik. Darauf baute der Mythos der sozialen Marktwirtschaft und das Paradigma der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Die soziale Marktwirtschaft sollte für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen. Sie sollte den Auf- und Ausbau eines Sozialstaats, der die Lebensrisiken der Menschen, nämlich Altersarmut, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit, absichern.

Die soziale Marktwirtschaft sollte aber auch dafür sorgen, dass jede und jeder die Chance bekam, seinen individuellen Wohlstand auszubauen. *Wohlstand für alle*, wie es Ludwig Erhard in seinem 1957 erschienenen Buch noch propagierte, blieb lebensbiographisch für viele keine leere Phrase, sondern stand für ein Aufstiegsversprechen ganzer Generationen. Wer viel leistete, konnte auch viel erreichen: Die Anstrengungen in Schule und Ausbildung wurden beim Einstieg in das Berufsleben belohnt, wie auch die Lebensleistung im Alter nach langer Erwerbsbiographie und dem Eintritt ins Rentenalter.

Mit dem Zuwachs gesellschaftlichen Wohlstands war auch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum verbunden, das Beschäftigung sicherte, Einkommenszuwächse garantierte und Grundlage für die Kopplung des Sozialsystems an die Lohnarbeit war. Fortschritt bedeutete damals die Gewährleistung kontinuierlichen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Mehrung des individuellen Wohlstands, soziale Absicherung und ein Aufstiegsversprechen, das sich bei persönlicher Anstrengung und Leistung bezahlt machen sollte.

## Neoliberal Vorherrschaft

Dieses Modell der sozialen Marktwirtschaft wurde Anfang der 1980er Jahre aufgekündigt. Amerikanische Managementlehren gewannen an Einfluss und die Wirtschaftswissenschaften wurden von einer Sozialwissenschaft zu einer Wissenschaft des Ökonomismus. Das deutsche Produktionsregime erodierte. Statt auf langfristige Investitionen setzten Unternehmen zunehmend auf kurzfristige Gewinne.

Zugleich verstärkte sich ein Standortwettbewerb. Staaten konkurrierten zusehends um die niedrigsten Steuer- und Abgabekoten sowie geringe Marktregulierung – zu Lasten von Faktoren wie gut ausgebildete Fachkräfte, einer hervorragend ausgebauten Infrastruktur, zukunftsweisende Investitionsförderung, einer enge Verzahnung von Wirtschaft mit Forschungs- und Entwicklungsclustern, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem sowie soziale Absicherung und gute Arbeitsbedingungen und die damit einhergehende Motivation der Beschäftigten.

In der globalisierten Gesellschaft setzten Unternehmen Staaten unter Druck durch die Androhung von Standortverlagerungen und Ausgliederungen und somit den Verlust von Steuereinnahmen und regionalen Arbeitsplätzen. Und es begann die Finanzialisierung des Kapitalismus mit einer enormen Zunahme an Finanztransaktionen (vgl. Machnig 2011).

Spekulationen an den Finanzmärkten stiegen. Im Zeitraum zwischen 1980 und 2006 stieg das weltweite nominelle Finanzvermögen von 12 auf 167 Billionen Dollar an. Finanztransaktionen machen heute weltweit ein Volumen von mehr als 990 Billionen Euro aus, der außerbörsliche Handel mit Derivaten beträgt etwa 660 Billionen Euro. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt hingegen nur 63 Billionen. Diese Zahlen machen deutlich, wie sich der Finanzmarkt verselbständigt und von der Realwirtschaft gelöst hat.

Unter dem Druck dieser Entwicklung wurde das bisherige Fortschrittsparadigma aufgekündigt. Damit gingen sozialer Ausgleich und makroökonomisches Denken verloren. Die Arbeitsmarktpolitik erfuhr einen tiefgreifenden Wandel, der betriebswirtschaftlich größere Spielräume ermöglichte, aber auch die Lebenswirklichkeit und in Folge dessen die Biographie vieler Beschäftigter veränderte. Das Normalarbeitsverhältnis wurde denunziert als System, das Wirtschaftswachstum verhindere und zugleich dem Anstieg der Arbeitslosigkeit Vorschub leiste. Flexibilisierung wurde zu einer neuen Zauberformel erklärt.

Sozialpolitische Errungenschaften der Nachkriegsjahre, wie der Kündigungsschutz, die Altersabsicherung, die Tarifbindung, wohnortnahe Beschäftigung und betriebliche Mitbestimmung wurden immer weniger selbstverständlich. Stattdessen erfuhren viele Beschäftigte Reallohnverluste, gerade im letzten Jahrzehnt. Im Jahresdurchschnitt sind die Reallöhne in diesem Zeitraum um 0,3 Prozent gesunken.

Es wurden höhere Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten gestellt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit verlängerte und ein Niedriglohnsektor entwickelte sich, der zunächst mit Scheinselbständigkeit befördert und zuletzt mit Minijobs etabliert wurde. Leiharbeit prägt mittlerweile ganze Geschäftsmodelle. Was einmal als Ausgleich von Auftragsspitzen gedacht war, setzt heute ganze Belegschaften unter Druck, hebt den Kündigungsschutz aus, verhindert betriebliche Mitbestimmung und fördert die Möglichkeit eklatanter Lohnungleichheit in einem Betrieb (Vanselow 2007: 120 f.).

Die Produktivität pro Arbeitsstunde hat sich seit 1990 zwar um mehr als zwei Drittel verbessert, gleichzeitig verlor aber die Arbeit an Wert. 2009 stiegen die Einkünfte der einkommensstärksten 20 Prozent derjenigen der einkommensschwächsten 20 Prozent um den Faktor 4,5. Vor zehn Jahren lag dieser Wert noch bei 3,5. Die Netto-Lohnquote (also das Arbeitseinkommen nach Steuern und Abgaben) lag 2010 bei 39,4 Prozent. Vor 1990 lag die Netto-Lohnquote jahrzehntelang auf einem Niveau über 50 Prozent.

Dies alles wirkte sich zusehends auf die sozialen Sicherungssysteme aus, die im Wesentlichen auf Beiträgen aus Bruttolöhnen der Vollzeitbeschäftigen aufbaut (Möhring-Hesse 2008: 210). In der Folge wurde das Rentenniveau schrittweise gesenkt und private Alterssicherungsmodelle staatlich gefördert.

## **Das freie Spiel des Marktes: Die Krise des Euro ...**

### **Finanzpolitik im Euroraum – Fehlanzeige!**

Die gegenwärtige Euro-Krise besitzt einen Doppelcharakter. Sie ist nicht nur eine Krise als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist auch eine institutionelle Krise des Euroraums. Die Entkopplung der Geldpolitik

der Europäischen Zentralbank (EZB) von der Finanzpolitik der Mitgliedstaaten ist ohne eine steuernde europäische Institution, ohne eine Koordinierung der Finanz- und Lohnpolitiken der Mitgliedstaaten, nicht möglich.

Die EZB hat die alleinige Aufgabe der Geldwertstabilität. Als Instrument steht ihr dazu unter anderem der europäische Leitzins zur Verfügung, um die Inflation im Euroraum bei etwas unter zwei Prozent zu halten. In Europa fehlt jedoch ein Wachstums- und Stabilitätsgesetz, das die Wirtschaftspolitik auf das magische Dreieck von Geldwertstabilität, Beschäftigungsaufbau und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht verpflichtet.

Der Realzins, also das, was ein Kredit tatsächlich kostet, errechnet sich aus der Differenz des Kreditzinses, also des nominell zu zahlenden Zinses, und der Inflationsrate in einem Land. Weil es aufgrund unterschiedlicher Inflationsraten dazu kommen konnte, dass das Inflationsniveau einiger Euroländer über dem Zins der EZB lag, musste in diesen Ländern real kein Zins gezahlt werden, Kredite kosteten dort somit tatsächlich nichts.

## Die Immobilienblase

Bei entsprechender Geldanlage, etwa in Immobilien, konnten deshalb enorme Gewinne erwirtschaftet werden, beispielsweise in Spanien oder Irland (vgl. Ahearne/Delgado/von Weizsäcker 2008). Dort erhöhte sich die private Verschuldung erheblich. Weil bei niedrigem Realzinsniveau Geldanlagen in Immobilien am rentabelsten erschienen, wurden zugleich – in rasantem Tempo – neue Häuser, teilweise sogar ganze Stadtteile oder Städte erbaut, für die tatsächlich jedoch kein Bedarf bestand. Auf die günstigen Kredite waren somit nur unzureichend Sicherheiten hinterlegt. Die Renditeerwartungen wuchsen, konnten aber nicht dauerhaft erfüllt werden. Der Markt war schnell erschöpft.

Laut Case-Shiller Home Price Index der Rating-Agentur Standard & Poors konnten Investoren aber im Jahre 2005 – auf den US-Immobilienmarkt bezogen – noch mit bis zu 20 Prozent Wertzuwachs für ihre Immobilien rechnen (laut Federal Housing Finance Agency, FHFA bist zu 10 Prozent). Zwei Jahre später, kurz vor Beginn der Finanzkrise, lagen die prognostizierten Zuwachsraten noch bei 16 Prozent. Dann stürzte der Index steil ab und wies 2009 gar einen Wertverlust von jenen 20 Prozent aus, die vier Jahre zuvor noch als Gewinn erwartet werden konnten (ähnlich auch FHFA).